

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst, Frauenwelt und Jugend einschließlich Postgebühren monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalte mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Insetrate müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 92. Dresden, Donnerstag den 23. April 1914. 25. Jahrg.

In dem Berliner Bestechungsprozeß gegen drei Abgeordnete wurde General Homberg zu 1 Jahr 6 Monaten und Sackheim zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.
Wegen des Streiks der Arbeiter am zweiten Sileskanntunnel sollen die Arbeiten auf der Südseite drei Monate eingestellt werden.
Die amerikanische Flotte landete auch in Tampico.
In Algerien küßten ein Korporal und zwölf Mann in toller Ausdrückung aus der Fremdenlegation.
Der Flektor hat in und um Tokio 2000 Menschen geendet.

Der kranke Kaiser und das halb tote Parlament.

Von unserem Korrespondenten.
In Wien, 22. April.

Die ärztlichen Bulletin über die Erkrankung des Kaisers betreffen die augenblickliche politische Lage und zeigen viel Sentimentalität. Der Wiener hat noch manches am Kaiser zu tun und kümmert sich stark um dynastische Familienangelegenheiten. Dazu kommt die Wirkung der Zeit. Kaiser Josef regiert fast 68 Jahre. Welche die nahe an 80 Jahre haben, haben ihn schon in der Volksschule, wie sie Kinder waren, als Kaiser gekannt. In den politisch denkenden Schichten ist indes die Bewegung geringer, als sie bei einem ähnlichen Kaiser vor fünf oder sechs Jahren gewesen wäre. Man fürchtet nun immer den Nachfolger, von dessen Bewusstheit und Leistungen milde Mären gehen. Aber man fühlt noch lebhafter die Lehren des Freiheitskampfes. Vor zehn Jahren galt Franz Josef als der Kaiser des allgemeinen Wahlrechts. Heute ist das Parlament so gut wie abgeschafft. Der Absolutismus der kaiserlichen Regierung ist sich nicht breiter. Ihn ist Österreich ausgeliefert, wie Ungarn, Rumänien, Serbien und Albanien. Die Politik des Kaisers ist die Politik des Absolutismus zu dienen. Denn auf das Heer und die Flotte und die Vermehrung beider beschränkt sich das Interesse des Kaisers. Alles andere ist ihm gleichgültig geworden. Die beiden Ministerpräsidenten aber, die sich bloß um ihr Wohlsein im Amt sorgen, sind seine gehorsamen Diener. Trägheit und Ideenlosigkeit, die beiden Grundtugenden jedes absolutistischen Systems der Entartung, kennzeichnen unsere Zustände. Die Einberufung der Delegationen zum 28. April ist die denkbar künftige Aufforderung zum Handeln. Auf es nicht jedem unerkennlich dankbar, daß der Ausschuß des Parlaments tagen wird, um die Wünsche des Militarismus zu erfüllen, für die dann die beiden Staaten innerhalb ein halbes Jahres die österreichische Delegation nur, weil auch die ungarische tagt. Wären die Ungarn nicht, so würde man einfach die Dreadnoughts und die Raubtiere mit dem § 14 in Bauauftrag geben, wie man die hierzu nötigen Summen mit dem § 14 aufbringen wird. Die beispiellose Mißachtung der Volksrechte abzuwenden, um am Montag die sozialdemokratischen Abgeordneten in Sitzung gehalten und wenden sich nun mit der Ordnung des Reichstages an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Sylvester und an den Oberbürgermeister der bürgerlichen Parteien mit der Aufforderung, vor Zusammenritt der Delegationen in gemeinsamer Sitzung zu erscheinen und die Einberufung des Reichstages zu fordern. Die Delegierten hätten es ja in der Hand, die Regierung zu zwingen. Sie brauchen nur zu beschließen, daß die Delegation so lange in Sitzung zu unterbrechen habe, bis in Österreich die verfassungsmäßige Zustände wieder hergestellt sind. Das unmöglich zu sagen, daß der Verlust der Sozialdemokraten die Stärke der bürgerlichen Parteien steigern wird. Die von den Sozialdemokraten verbündeten tschechischen Abgeordneten sind dem Parlamente fortwährend des Kampfes an. Und Sylvester will sich, zu erklären, daß die Zustimmung aller Öberräte der Parteien die Voraussetzung jedes Handelns wäre. Also alles im Sumpf der Untätigkeit ersinken.

Stürz sich aber erklärt mit frecher Offenheit, daß er ein Parlament nicht will. Er sagt nämlich: Das Haus wird nie einberufen, wenn die Bürgerrechte gegeben sind, daß seine Tätigkeit ohne Obstruktion verläuft. Ingleichen wirken jedoch die besten Freunde, die Jungtschechen, für die Obstruktion. Was besten Freunde, die Jungtschechen, für die Obstruktion. Was besten Freunde, die Jungtschechen, für die Obstruktion. Was besten Freunde, die Jungtschechen, für die Obstruktion. Was besten Freunde, die Jungtschechen, für die Obstruktion.

Ist doch nicht einmal österreichischer „Unterthan“, er ist Ungar, also Ausländer. Er ist seines Vergehens schuldig, man läßt ihn ja sogar unbehandelt. Man hebt bloß seine Freizügigkeit auf, indem man ihm das mitgenommene Geld raubt. Solchen frechen Untaten ist heute jeder ausgelegt, der durch Österreich reist, seine grauen Haare hat und den Ansehen erweckt, er könnte in Österreich oder in Ungarn militärpflichtig sein.

Wohnungspflege.

(Schluß.)

Als der Verein im August 1913 die Anstellung einer Wohnungspflegerin beschloß, hatte, veranstaltete er zunächst in den sechs Häuserblöcken seiner Anlage Versammlungen, die der Wohnungspflegerin Gelegenheit geben sollten, mit den Mietern in Verbindung zu treten und ihnen durch kurze Ausführungen Zweck und Nutzen der Wohnungspflege zu erläutern. Die Beteiligung an diesen Versammlungen und das der Einrichtung entgegengebrachte Interesse waren sehr verschieden. Im ganzen fanden 505 Befragte statt, davon 217 erstmalig und 288 wiederholt. Natürlich richtete die Pflegerin zunächst ihre Aufmerksamkeit auf die besonders kranken Familien und solche, in denen Lungentranke, Pflegebedürftige der Armenverwaltung usw. vorhanden waren. In einigen Fällen wurde die Befragung des Erstmaligen entschieden und nicht immer höflich abgewiesen, sei es aus Verständigungslosigkeit für die Aufgaben der Wohnungspflege oder sei es aus schlechtem Willen über Mängel in der Wohnungshaltung. 42 von den befragten Wohnungen konnten ohne weiteres als schlecht gehalten bezeichnet werden. Und die Gründe? Eine für die enge Wohnung allzu große Kinderzahl, verbunden mit der notwendigen Berufs- oder Heimarbeit der Frau. Nur in wenigen Fällen konnte die Pflegerin feststellen, daß die mangelnde gute Wille oder das fehlende Realisierungsbedürfnis der Familie die Schuld an der Vernachlässigung trugen. In nicht weniger als 55 der befragten Familien war die Hausfrau entweder außerordentlich müde oder hatte Heimarbeit. Am häufigsten kam das Bettungstragen und das Putzen von Schulzaußen oder Büropart vor, die lohnendste, aber auch anstrengendste und am meisten zeitraubende Beschäftigung. Hat eine solche Frau, so sagt die Pflegerin in ihrem Bericht, dann noch, wie es mehrfach der Fall war, 8 bis 10 Kinder zu Hause, so ist es kein Wunder, wenn sie den Anforderungen des eigenen Haushalts nicht mehr auch nur annähernd genügen kann. Als zu stark belegt und überfüllt wurden 29 Wohnungen festgestellt. Darunter 6 Wohnungen, bestehend aus 2 Räumen (Wohnfläche und Stube), die mit je 6 Personen belegt waren. Eine dieser Wohnungen hatte außerdem noch gewerblichen Betrieb und Kfz-Mieter. 3 Wohnungen waren von 7 Personen belegt, wovon einer einmal ein Lungentranke. 2 Wohnungen von 2 Räumen waren mit 8 Personen belegt, eine mit 7; 1 Wohnung mit 2 Räumen und Kammer mit 9 Personen, 1 mit 2 Räumen und Kammer mit 11 Personen, wovon ein Lungentranke; 3 Wohnungen von 3 Räumen mit 12 Personen, darunter in je zweien ein Lungentranke, in der dritten eine Werkstelle und Kfz-Mieter; 1 Wohnung von 4 Räumen diente 14 Personen zur Unterkunft.

Bei der Überfüllung der Wohnungen geht zunächst ein großer Mangel an Luft und die notwendige Trennung der Geschlechter oder der Kranken von den Gesunden ist in solchen Wohnungen ausgeschlossen. In 21 Wohnungen waren tuberkulöse Familienmitglieder vorhanden. Eine große Rolle spielt in den meisten Fällen bei der Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse der Mangel an frischer Luft. Die mangelhafte Lüftung ist eine Wohnungsfrage, die auszurollen eine der schwersten und vorrangigsten Aufgaben der Wohnungspflege bildet. In einem Raum, in dem gefocht und gewaschen wird, in dem sich den ganzen Tag die vielföpfige Familie aufhält und nachts wohnen, ist die Luftschicht so verunreinigt, daß jeder Atemzug eine Lüftung geradezu ausgeschlossen ist. Die stets wiederholte Vorhaltung der Wohnungspflegerin, daß gesundheitliche Schädigungen durch schlechte und verbrauchte Luft viel größer sind als durch reine, wenn auch kühlere, wurde meist nur sehr ungläubig aufgenommen. Hier muß eine nachdrückliche und oft wiederholte Belehrung einsetzen, und es ist erfreulich, daß die Wohnungspflegerin melden kann, in vielen Fällen sei ihr Rat und ihre Vermittlung dankbar empfunden und angenommen worden.

Aber auch trübe Beispiele von Verständnislosigkeit und Gleichgültigkeit fehlen nicht; schreibt doch die Wohnungspflegerin: „Es ist wirklich oft empörend und man sollte es in einer Stadt wie München, die so viel Kultur und soziale Fürsorge bietet, kaum für möglich halten, daß Eltern aus purer Gleichgültigkeit oder falsch verstandenem Mitleid verurteilen, ihre Kinder (s. B. an der so gefährlichen und oft vernachlässigten Chreinerkrankung erkrankte Kinder) rechtzeitig in ärztliche Behandlung zu geben und dadurch oft die Schuld an schweren lebenslänglichen Gebrechen

oder störendem Dahinsinken tragen. Und hier handelt es sich nicht etwa darum, daß Kosten daraus entstanden wären, oder der Mutter die nötige Zeit fehlt; es wurden ihr durch die Wohnungspflegerin alle Gänge abgenommen und, wo es sich um kleinere Kinder handelte, unentgeltliche Aufnahme im Kinderkrankenhaus zugesagt. Alle Mühe war leider vergeblich.“
Solche Vorkommnisse werden mit Recht nicht beschönigt. Sie beweisen die Notwendigkeit und auch die Möglichkeit der Wohnungspflege.
Wohnungspflege verlangt ein tiefes Eingehen auf die jeweiligen Bedürfnisse, die Auffassungen und Lebensbedingungen der pflegebedürftigen Familien. Nur auf Grund eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses kann sie sich aufbauen und, vielleicht nur langsam, aber doch sicher, zu praktischen Ergebnissen führen. Und zu diesem Ergebnisse müssen wir kommen. Denn, wenn es so schon am grünen Holz der Genossenschaftshäuser ausfällt, wie dann erst am bürren der lästlichen Mietskasernen! Da kann nur eine geduldige Arbeit Besserung bringen, die sich weniger auf die Autorität eines Amtes als auf den starken Rückhalt in der öffentlichen Meinung stützen muß.
Wenn die Notwendigkeit einer organisierten Wohnungspflege in der breiten Masse des Volkes wirklich erkannt worden ist, dann ist ihre Wirkung gesichert, ja bereits halb erreicht.

Der mexikanisch-amerikanische Krieg.

Nach längeren Kämpfen und Bombardements haben die Amerikaner Veracruz nunmehr vollständig besetzt. Dem amerikanischen Geschichtsthrone wurden von der mexikanischen Regierung die Pässe gesteckt.
Nach einer Depesche aus Veracruz stiegen zwei von der Hauptstadt Mexiko abgegangene, mit Flüchtlingen angefüllte Flüge zwischen der Hauptstadt und Veracruz fest. Man nimmt an, daß sie auf Befehl des Regierungsgenerals nach an der Weiterfahrt verhindert worden sind. Die telegraphischen Verbindungen zwischen den beiden Städten sind vollkommen unterbrochen, die Schienenstränge aufgerissen.
In Washington ist die Meldung eingetroffen, daß auch in Tampico amerikanische Truppen gelandet sind, um von der Stadt Besitz zu ergreifen. Eine andre Meldung lautet:
Frankfurt a. M., 22. April. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Mexiko vom 22. April, 425 Uhr nachmittags: Die Amerikaner landeten nunmehr auch in Tampico Truppen und besetzten das Zollamt und die Stadtverwaltung, anscheinend ohne Widerstand zu finden.
Aus Tokio berichtigt, japanische Regierungsbeamte erklärten, Japans Haltung in dem mexikanisch-mexikanischen Streit werde strikt neutral sein. Es wurde hinzugefügt, daß das Kriegsschiff „Idzumi“ in Guaymas an der Pazifikküste für die Einschiffung der Japaner dienen könne, falls solche Maßnahme notwendig werde. Das Marineministerium in Washington wurde offiziell von der Flucht des mexikanischen Garnisonkommandanten nach benachrichtigt.

Die Rüstungen Mexikos.

Engle Vah (Legat), 22. April. Sämtliche Bundesstruppen im Norden von Mexiko haben den Befehl erhalten, sich auf Soldos zu konzentrieren, um den amerikanischen Einfall zurückzuweisen. Vierhundert Regtas gegenüber von Engle Vah wurde infolge dessen heute am frühen Morgen gerückt. In der Nacht hatte dort größte Aufregung geherrscht und an mehreren Orten gebildete Freiwilligenkompanien waren Waffen bereit worden.
„Mexiko den Mexikanern.“
Washington, 22. April. Wie in offiziellen Kreisen berichtet wird, stehen die Generale Carranza und Villa im Streit, mit der Regierung des Präsidenten Huerta gegen die Vereinigten Staaten gemeinsame Sache zu machen.
Chihuahua, 22. April. General Carranza hat eine Erklärung über die Ansichten der Aufständischen bezüglich der Einnahme von Veracruz durch die Amerikaner veröffentlicht, in der er das Vorgehen der Vereinigten Staaten als einen Akt der Feindseligkeit gegen das mexikanische Volk bezeichnet.
Newark, 22. April. Der in Newark erscheinende Zeitung America wird aus Mexiko telegraphiert, daß dort die heftigste Bewegung unter der Bevölkerung herrsche. Man befürchtet eine Erhebung der Volksmassen. Die Insurgenten in der Stadt scheinen sich zusammen, um sich zu beteiligen. Aus Veracruz wird bekannt, daß dort fremdenhede Unruhen ausgebrochen sind und bereits Eigentum der Bewohner zerstört worden ist.

Die Ladung des „Spiranga“ beschlagnahmt.
Aus Veracruz wird gemeldet, daß der deutsche Japaner dampfer „Spiranga“ im Hafen von Veracruz eintraf und sofort ins Dock ging, wo er 200 Maschinengewehre mit 15 Millionen Patronen, die für die mexikanische Regierung bestimmt waren, auslieferte. Diese Waffen und Munition wurden von der amerikanischen Regierung im Zollhaus mit Beschlag belegt und werden jetzt gegen die Mexikaner verwendet.
Wie in Washington berichtet, ist eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß der Dampfer „Spiranga“ seine Waffenladung wieder an die künftigen Eigentümer in Deutschland zurückgeben soll.